

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telax 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Michael Müller MdB, Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, weist daraufhin, daß Jugendfragen Zukunftsfragen sind: Die SPD muß den Dialog mit den jungen Menschen vertiefen. Seite 1

Hermann Scheer MdB, Mitglied des SPD-Parteirates, fordert: Schluß mit der Selbstkasteiung bei den Sozialdemokraten. Seite 4

Erwin Horn MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion, befaßt sich mit den Herausforderungen der Sicherheitspolitik: Schöpferische Konzepte erforderlich. Seite 6

38. Jahrgang / 101

30. Mai 1983

Der Dialog hat erst begonnen

Die Behandlung des Jugendprotestes ist gleichbedeutend mit der Behandlung der Zukunftsfragen

Von Michael Müller MdB  
Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Diskussion über die Ursachen und Auswirkungen des Jugendprotestes darf nicht mit der Debatte über den Schlußbericht der Enquete-Kommission beendet sein. CDU/CSU scheinen - trotz gegenteiliger Aussagen - als Regierungsparteien kein Interesse an einer Fortführung und Vertiefung der Diskussion zu haben. Verständlich, denn sogar die einstimmigen Empfehlungen der Kommission fordern politische Konsequenzen, die nicht auf der Linie der konservativen Politik der Bundesregierung liegen und deshalb in der Regierungserklärung unerwähnt blieben. In dieses Bild passen auch die Aussagen der Bundesregierung zu diesem Thema:

- Bundeskanzler Helmut Kohl hatte in seiner Regierungserklärung für die Jugend nur einige allgemeine Floskeln und unverbindliche Aussagen übrig.
- Der zuständige Bundesminister, Heiner Geißler, redete in der Bundestagsdebatte streckenweise in der bekannt unerfreulichen Art als CDU-Generalsekretär und hinterließ den Eindruck, daß er den Enquete-Bericht überhaupt nicht gelesen hat.

Umso wichtiger ist es, daß die Sozialdemokraten dafür sorgen, daß der Bericht über den Jugendprotest nicht zum opportunistischen Alibi wird. Die SPD muß aber auch ein eigenes Interesse an der Vertiefung des Dialogs haben. Denn der Enquete-Bericht ist ein bemerkenswertes Dokument, das nicht nur Fehler und Versäumnisse in der Jugendpolitik der letzten Jahre aufzeigt. Es belegt viel stärker noch eine tiefgreifende soziale und gesellschaftliche Umbruchsituation, die vor allem bei jungen Menschen zu Einstellungs- und Verhaltensänderungen führt. Für eine wachsende Zahl von Bürgern hat eine Trendverlängerung der Gegenwart keine Zukunft mehr und sie reagiert mit verschiedensten Protestformen.



Das gängige politische Orientierungssystem stimmt nicht mehr. Die Art der Industriearbeit, die Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums, die Vermarktung der Lebensbereiche, die Zerteilung der Lebensfunktionen und die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse werden zunehmend als integrative Instrumente und Motoren für eine bessere Welt von morgen infrage gestellt.

Trotz vielfach sehr kontroverser gesellschaftspolitischer Grundauffassungen erwachsen nach 1945 für die Gesellschaft aus den Erfahrungen der Katastrophe Integration und Orientierung, die in der Phase dauerhafter wirtschaftlicher Wachstumssteigerungen und hoher Wohlstandszuwächse Fehlentwicklungen überdeckten.

National und international stellen uns aber heute tiefgreifend veränderte Bedingungen vor völlig neue Herausforderungen. Die Notwendigkeit eines grundlegenden Umdenkens spüren vor allem junge Menschen. Von daher treffen quasi zwei gegensätzliche politische Ansätze aufeinander: Das Festhalten an dem politischen Integrationsmodell der Nachkriegszeit und das Verlangen nach einer neuen Orientierung, weil eben dieses Entwicklungsmodell an soziale (Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur), ökonomische (Wirtschaftskrise) und ökologische (Zerstörung der Umwelt) Grenzen geraten ist.

Die CDU/CSU setzt bewußt auf eine Orientierung wie in der Nachkriegszeit. Sie wird auf Dauer mit diesem Ansatz keine tragfähigen, solidarischen Lösungen erreichen. Die Grünen machen sich dagegen fast ausschließlich zu den Vertretern neuer Fragestellungen und von Partikularinteressen. Auch dieser politische Ansatz ist problematisch, da er nur Teile der Gesellschaft anspricht und die politischen Umsetzbedingungen weitgehend ausklammert.

Hintergründe und Entwicklung des Jugendprotestes erfordern jedoch, daß einerseits ein vorurteilsfreier, kritischer aber auch selbstkritischer Dialog über die Fehlentwicklungen und Zukunftsperspektiven geführt wird und andererseits ein tragfähiges Orientierungssystem die gewachsenen und geschichtlichen Beziehungen berücksichtigt und auf Integration und Solidarität angelegt ist. Bei dieser Herausforderung hat die SPD eine zentrale Verantwortung. Sie muß Orientierung, Perspektive und Integration vermitteln und sich bei Bewahrung ihrer politischen und sozialen Tradition den veränderten Fragestellungen öffnen. Daraus ergeben sich für die Fortsetzung der Diskussion sechs Thesen:

1. Es ist der Fortschritt selbst, der den Fortschritt gefährdet und das bisherige Orientierungssystem infrage stellt. Viele Veröffentlichungen in den letzten Jahren haben eine grundlegende Systemkrise signalisiert, ohne daß wir uns der politischen Tragweite voll bewußt wurden:

- "Die Grenzen des Wachstums" vom Club of Rome,
- "Das Überleben sichern" - der Bericht der Nord-Süd-Kommission,
- die von Präsident Carter in Auftrag gegebene Analyse des Öko-Systems "Global 2000"
- die "UNO-Studie Kernwaffen" und die
- Studie des Club of Rome zur Mikroelektronik unter dem bezeichnenden Titel "Auf Gedeih und Verderb".

Alle diese Arbeiten fordern ein grundlegendes Umdenken und ein neues politisches Entwicklungsmodell. Nicht die Ideen der Aufklärung und des Fortschritts an sich sind fraglich geworden, sehr wohl aber die konkrete Ausprägung und Entwicklungsdynamik eines gesellschaftlichen Fortschritts, die zerstörerisch geworden ist.

2. Die Möglichkeiten des technischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts stehen im Gegensatz zu der Macht- und Interessensausrichtung in unserer Gesellschaft. Zunehmend geraten die gängigen Integrationsmodelle unter Druck, wie das Modell des sozialen Wohlfahrtsstaates und der Sozialpartnerschaft aber auch der Friedens- und Sicherheitspolitik. Deshalb dürfen diese Fragen in der gesellschaftspoliti-



schen Auseinandersetzung kein Tabu sein, denn sie werden aus der Entwicklung heraus infrage gestellt. Wer sie aber zum Tabu erklärt, grenzt eine wachsende Zahl von Menschen aus, drängt sie somit an den Rand der Gesellschaft und fördert objektiv undemokratische und autoritäre Lösungsansätze.

3. Die Protestformen von Jugendlichen als Aussteigertum oder Minderheitenpositionen abzutun wäre falsch und politisch fatal. Sie markieren vielmehr grundlegende Einstellungs- und Verhaltensänderungen als Reaktion auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Es ist sicherlich problematisch, daß sich dieser Konflikt zuerst in sozio-kulturellen Protestformen gezeigt hat. Die sozialen Bewegungen dürfen aber nicht ausgegrenzt oder in einer vermeintlichen Frontstellung, zum Beispiel zu den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern, gebracht werden. Es muß begriffen werden, daß trotz aller Unterschiede in Protestform und Sprache die sozio-kulturelle Kritik der Jugendlichen sich gegen eine Entwicklung richtet, die zunehmend auch für die strukturelle Wirtschaftskrise und Existenzprobleme der Arbeitnehmer verantwortlich ist.
4. Wir brauchen den breiten Dialog in der Gesellschaft, um wieder zu einem tragfähigen politischen Orientierungssystem zu kommen, das die solidarische, demokratische Gesellschaft ausbaut. Dabei gibt es noch zwischen Protestbewegung und SPD weitgehende Übereinstimmung in den Zielen, umstritten sind aber die politischen Instrumente und Wege. Zur Glaubwürdigkeit der Sozialdemokraten in diesem Dialog gehört es, sich ernsthaft mit der Kritik an dem Politikmodell der letzten Jahre auseinanderzusetzen, das zum Teil die heutigen Schwierigkeiten mitzuverantworten hat.
5. Grundsätzlich muß ein neues politisches Orientierungssystem die wachsende anonyme Fremdsteuerung zugunsten von mehr Selbststeuerung, Beteiligung und Demokratie abbauen. Dies darf aber nicht Entstaatlichung bedeuten. Vielmehr kommt es darauf an, staatliche und wirtschaftliche Macht zu demokratisieren. Inhaltlich muß es darauf angelegt sein, nicht die Fehlentwicklungen nachträglich abzumildern und zu beseitigen, sondern Fehlentwicklungen gar nicht erst eintreten zu lassen. Die Politik muß vorausschauend gestaltet und nicht nachträglich repariert werden.
6. Die Diskussion über die Bewältigung der Zukunftsprobleme muß in einer glaubwürdigen Form geschehen. Deshalb müssen wir auch die Protestbewegung kritisieren, wo sie überheblich und elitär ist, wo sie in Freund-Feind-Kategorien denkt, andere ausgrenzt und durch Intoleranz einen Dialog verhindert. Nicht zu akzeptieren sind ebenfalls eine Selbstgefälligkeit in der Sprache, ein leichtfertiger Umgang mit Aktionsformen und eine überzogene Ich-Ausrichtung, die den Eindruck einer Kultur der Zukunftslosigkeit erwecken.

Die SPD hat eine zentrale Verantwortung für die Bewältigung der Zukunftsfragen. Dazu müssen wir durch unsere praktische Politik und durch Stil und Offenheit bei den politischen Auseinandersetzungen integrative und solidarische Perspektiven aufzeigen. Die Partei darf sich dabei weder an der konservativen Individualisierung und Privatisierung des Lebensrisikos à la CDU/CSU orientieren noch das ausgrenzende und selbstgefällige Politikverständnis mancher Grüner übernehmen.

Im Gegenteil: Der Dialog hat erst begonnen!

Eine Nachbemerkung aus aktuellem Anlaß:

Unglaublich ist es, wie Bundestagsvizepräsident Stücklen die tatsächliche Entwicklung verkennt, wenn er die "Aussteiger und Verweigerer" als "Ausbeuter" bezeichnet. Wer derartig die Motive und die Gründe für Einstellungs- und Verhaltensveränderungen verkennt, darf sich nicht wundern, wenn dann tatsächlich die Frontstellung entsteht, die Herr Stücklen behauptet. Nur ist die Ursache dann eine andere, nämlich das Versagen der Politik, mit veränderten sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen fertig zu werden.

(-/30.5.1983/ks/rs)

+ + +



Schluß mit der Selbstkasteiung

Voraussetzung für mehrheitliches Vertrauen ist Selbstvertrauen

Von Hermann Scheer MdD  
Mitglied des Parteirates

Die Erfahrung lehrt, daß sich bei den Bürgern solche negativen politischen Urteile am nachhaltigsten einprägen, die aus der eigenen Partei über die eigene Partei verlautbart werden. So gesehen ist nicht verwunderlich, daß es unserer Partei bisher nicht gelang, das Tief der Bundestagswahl zu überwinden - trotz des Fehlstarts der Regierung Kohl. Denn seit Wochen hören die Bürger aus den Reihen der SPD in vielfältiger Weise, was die SPD alles nicht könne und wo sie versagt habe. Diejenigen, die am 6. März nicht oder nicht mehr SPD gewählt haben, müssen sich so in ihrer Wahlentscheidung im nachhinein noch bestätigt fühlen.

Notwendig wäre jetzt vor allem und auf allen Ebenen, die verheerenden Fehler, sozialen Unausgewogenheiten und Wortbrüche der Rechtskoalition herauszuarbeiten und sozialdemokratische Positionen gegenüberzustellen. Notwendig sind sicher auch selbstkritische Betrachtungen bisheriger Ansätze und Handlungsweisen der SPD. Aber diese werden gegenwärtig in der SPD allzu sehr bis zur Selbstbezüglichung übersteigert, manchmal auch noch gepaart mit vernehmlichem Selbstmitleid. Das durchaus richtige Bemühen, an die neuen Herausforderungen nicht selbstgerecht heranzugehen, schlägt allzu oft um in ungerechte Urteile von Sozialdemokraten über sich selbst, die Leistungen und das Vermögen der eigenen Partei. Bisweilen muß der Betrachter den Eindruck haben, Sozialdemokraten meinten, nahezu alles falsch oder unzulänglich gemacht zu haben. Er muß denken, Sozialdemokraten ginge es im Gegensatz zu anderen Parteien darum, jedermann klarzumachen, was alles schlecht statt gut an der SPD sei - statt Werbung eine Antiwerbung, die kein politischer Gegner ausführlicher und hartnäckiger gegen die SPD betreiben könnte. So ist zu befürchten, daß die Rechnung der CDU/CSU gründlich aufgeht, sozialdemokratische Politik in Bausch und Bogen zu verdämmen und 13 Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung als Sündenfall der Geschichte der Bundesrepublik darzustellen, der sich für "dieses unser Land" nie wiederholen dürfe.

Da ist zum Beispiel aus der SPD zu hören, Sozialdemokraten hätten die wirtschaftspolitische Kompetenz verloren; oder die Arbeitnehmer wären der SPD weggelaufen, nicht zuletzt deshalb, weil sie in der SPD kaum noch vorhanden seien; oder in der Friedenspolitik hätte die SPD genauso versagt wie in der Umweltpolitik, und geeignete Konzepte für die Zukunft habe sie schon gar nicht. Argumente sozialdemokratischer Selbstanalyse nehmen breiten öffentlichen Raum ein, die nicht einmal mehr erklären können, warum immerhin noch fast vier von zehn Wählern die SPD gewählt haben, und die eher vermitteln, warum die SPD gegenwärtig eigentlich nicht wählbar sei.

Im Umkehrschluß entsteht nämlich so bei zahlreichen Bürgern der Eindruck, die anderen Parteien hätten das alles, was die SPD an sich selbst bemängelt. Dabei geht dann im öffentlichen Bewußtsein unter, daß die wirtschaftspolitische Kompetenz der Parteien der Rechtskoalition mehr als dürftig ist und diese sich bisher vor allem dadurch hervortaten, die von der SPD vorgeschlagenen Gemeinschaftsinitiativen für Beschäftigung und eine Politik des qualitativen Wachstums zu blockieren. Oder daß



die SPD die einzige Partei ist, die tatsächlich Arbeitnehmerinteressen vertritt. Ebenso geht unter, daß Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung bis zuletzt die zuverlässigsten Garanten für die Fortsetzung von Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik waren, und daß sie die vorhandenen Möglichkeiten für eine Genfer Verhandlungslösung aufgegriffen haben. Oder daß die SPD bereits über Konzepte in der Umweltpolitik verfügt, die sie zwar noch lange nicht umsetzen konnte, die sich aber die anderen Parteien erst mühsam erarbeiten müssen. Die SPD darf sich eine Fortführung der öffentlichen Selbstbeschuldigungen nicht leisten.

Die SPD darf eigene Fehler und Wahlniederlagen nicht so übertreiben, daß Sozialdemokraten daraus mehr Schwundgefühle als neuen Handlungsmut entwickeln. Der Parteienwettbewerb geht ohne Verzugsmöglichkeit weiter und darf nicht für einen längeren Zeitraum in Selbstbespiegelung vergessen werden. Die SPD darf nicht verzagen, weil differenzierte Konzepte schwerer zu vermitteln sind, und erst recht nicht darf sie in vereinfachende Antwortmuster der Rechtskoalition oder der Grünen flüchten, sondern die Partei muß standhalten und ihre Konzepte besser zu vermitteln suchen.

Die politischen Gegner wollen der SPD ihr Selbstbewußtsein durch Zerrbilder über die SPD nehmen, gerade deshalb darf es nicht weiter in ihr selbst beschädigt werden. Die Rechtskoalition versucht dem Bürger weiszumachen, daß das Problem der Republik die SPD sei. Wir müssen deutlich machen, daß die Probleme, die sich die SPD macht, die Probleme der Republik sind, denen sie sich allemal ernsthafter und kompetenter stellt als die anderen Parteien.

Weder mit Selbstgefälligkeit und Selbstüberhebung, noch mit Selbstmitleid, Selbstbezeichnung oder Selbstverleugnung kommt die SPD einen Schritt weiter. Wir brauchen Selbstkritik, wo sie angebracht ist und wo die Partei einen Nachholbedarf hat, und ein offensives Selbstbewußtsein, dessen sich die Partei aus ihren unverwechselbaren und einzigartigen Leistungen in der deutschen Demokratie und Sozialgeschichte vergewissern kann. Auch zu Fehlern kann man sich selbstbewußt statt selbstanklagend bekennen, wurden sie doch im besten Gewissen und unvollständigem Wissen der jeweiligen Zeitsituation gemacht. Die Voraussetzung für neues mehrheitliches Vertrauen ist ein Selbstvertrauen der SPD. Daran müssen wir - als Grundlage für alles andere - arbeiten.

(-/30.5.1983/vo-he/ca)

+

+

+



Neue Fragen in der Sicherheitspolitik  
-----

Schöpferisches und konzeptionelles Denken erforderlich

Von Erwin Horn MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Auf dem Karlsruher Parteitag von 1964 erfolgte die letzte große programmatische Aussage der SPD auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Während der sozialliberalen Koalition stellte die sozialdemokratische Partei drei Verteidigungsminister. Was Fritz Erler und Helmut Schmidt aufgearbeitet hatten und was in Karlsruhe beschlossen wurde, das ist inzwischen verbraucht:

- durch Verwirklichung,
- durch Modifizierung und
- durch die Tatsache, daß in Einzelbereichen sich keine Realisierungsmöglichkeiten ergab.

Handelte die SPD in den vergangenen Jahren auch im Verteidigungsbereich weitgehend nach den politischen Vorgaben ihrer Regierung, so ist sie nun aufgefordert, schöpferisch konzeptionell neu zu denken und vor allem in den drei Grundbereichen Antwort auf die sich stellenden Fragen zu geben:

- Die SPD muß eine überzeugende Antwort auf die Frage geben, wie sie es mit der Bundeswehr als dem Instrument unserer Sicherheitspolitik hält. Wie sollen wir die Bundeswehr gestalten und ausstatten: bei der Inneren Führung, im sozialen Bereich der Bundeswehr, im Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft? Die SPD muß sich der sogenannten Studie "Weissbuch 1983" stellen und angesichts schmaler werdender Jahrgänge die Überlegungen zum Personalbestand der Bundeswehr im Zusammenhang mit der Wehrpflichtdauer anstellen.

Grundsätzlich muß dabei festgestellt werden, daß die Bundeswehr für Sozialdemokraten überhaupt nicht zur Disposition steht. Auf eine kurze Formel gebracht:

Die Union hat die Bundeswehr gerufen, aber die SPD hat sie im umfassenden Sinne des Wortes gesellschaftsfähig gemacht. Fritz Erler hat zu Recht festgestellt, daß es keine demokratische Armee gibt, sehr wohl aber eine Armee im demokratischen Staat.



Das Selbstverständnis der Streitkräfte im demokratischen Staat unterscheidet sich jedoch grundsätzlich von Armeen im totalitären Staat oder in einer Diktatur.

- Ein weiterer Schwerpunkt sozialdemokratischer Sicherheitspolitik muß die Rüstung sein. Sehr wohl zeigt sich auch in der Waffenauslegung von welcher politischen Grundannahme die jeweilige Regierung ausgeht. Wenn 1987 das Fünfte Los vom Panzer Leopard II ausläuft, wird die Bundesrepublik Deutschland die drittgrößte Panzerarmee der Welt haben. Eine defensivere Auslegung, vor allem im Bereich der Panzer- und Luftabwehr, erscheint sinnvoll. Neue Überlegungen sind dringend geboten aus politischen, finanziellen und technologischen Gründen.
- In der Frage der Allianzpolitik und Militärstrategie prägte der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf den Begriff der Überlebenspartnerschaft und verneinte die Frage, ob eine Strategie der Abschreckung durch Androhung des Selbstmordes auf die Dauer in einer demokratischen Gesellschaft konsensfähig sein. Überzeugend war daraufhin die Antwort des SPD-Politikers Egon Bahr: Die Politiker sind aufgerufen, über neue Wege in der Strategie nachzudenken. Solange es jedoch noch keine neu definierte Strategie gibt, bleibt die bestehende (flexible response) gültig.

Die öffentliche Diskussion über die drei Verhandlungsebenen, besonders in dem uns betreffenden Bereich der Mittelstreckensysteme, muß berücksichtigen, daß es dabei nicht nur um abstrakte Planspiele geht. Die Sozialdemokraten wissen, daß an den Verhandlungstischen auch die Sicherheit unserer Soldaten zur Debatte steht. Die Konventionalisierungsdiskussion muß von der SPD aktiv aufgenommen werden. Es geht dabei nicht um die unkritische Übernahme vorgegebener Pläne und Denkschemata, sondern um die Überlegung, wie unter Ausnutzung moderner Technologie und unter realistischen Kostenbeteiligungen die konventionelle Verteidigung zu stärken und damit die nukleare Schwelle zu erhöhen ist.

Die SPD will loyale Bündnispartnerschaft, aber dies schließt berechnete nationale Interessenwahrnehmung nicht aus, sondern erfordert sie geradezu.

(-/30.5.1983/vo-he/rs)

+ + +

